

# Anmerkungen zur europäischen Krise aus polnischer Sicht

*(21. Internationaler Kongress Renovabis – München, 6. September 2017)*

1. Um in der Krise eine Chance zu finden, muss man sich dabei motivieren können, und Mut fassen, um die „Komfortzone“ zu verlassen und das längst Verschwiegene bewusst zu analysieren. Erst dann kann man eine neue Handlungsweise vorschlagen, die neue Wege öffnet und einer noch tieferen Krise vorbeugen kann. Das betrifft sowohl Europa als Ganzes als auch unsere Länder. Die Lage in Mittel- und Osteuropa ist jetzt so unterschiedlich gegenüber den anderen Regionen Europas, dass ich die Hauptfrage unseres Kongresses vor allem am Beispiel Polens und der EU zeigen möchte. Die Lage in der Slowakei, in Tschechien und Slowenien, was die Situation der Kirche und den Staat betrifft, ist gegenwärtig so verschieden von Polen, dass man sie zur Zeit schwierig vergleichen kann, auch die Lage der Europäischen Union in den letzten Monaten wurde nicht einfacher; für theoretische Überlegungen ist das natürlich besonders günstig.

2. Die Krise als eine Chance? Man könnte die Frage auch anders formulieren und zwar mit einer englischer Redewendung, die lautet: to ignore the issue is to invite the crisis – auf Deutsch: wenn man ein wichtiges Thema hartnäckig ignoriert, lädt man die Krise ein. Die erste Frage lautet also: Welche Themen haben wir in Europa und in Mittel- und Osteuropa ignoriert, sodass wir jetzt eine so große Wertekrise und dann – erst als Folge – eine wesentliche politische Krise „eingeladen“ haben? Zuerst allgemein zur Europa-Krise: Man behauptet zu Recht, dass Europa eine Wertegemeinschaft ist. Wenn das stimmt, müsste man das genau schon seit Jahren im europäischen Staatshaushalt sehen. Wenn man etwas für erstrebenswert und wertvoll hält, neigt man doch dazu, auch sein eigenes Geld darin zu investieren. Wie viel Geld hat man in theoretische Untersuchungen und politische Bildung investiert und wie intensiv hat man sich mit der Benennung der für die Gesellschaft tragenden Symbole beschäftigt? Haben wir z.B. ein viel gesehenes und beliebtes EuroCNN, emotionale Werbespots über und für Europa oder exzellente und moderne Fernsehserien über den Europatraum von Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi? Wer sind überhaupt die neuen Vorbilder für das neue Europa? Gibt es z. B. in Brüssel eine gemeinsame EU-Kathedrale wie einst in Malta, wo jede Nation ihre eigene Kapelle hatte und so ihre Identität symbolisch betonte, oder bleibt die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) für uns zwar eine wichtige, zugleich aber die einzige Repräsentation der katholischen Kirchen Europas in Brüssel? Es gibt selbstverständlich auch gute Beispiele, aber die ständig zitierten Erasmus-Studenten und der Eurovision Song Contest genügen nicht, um dieses Ziel zu erreichen. Die Renovierung der Fundamente kostet – wie jeder Bauherr weiß – viel, aber manchmal ist sie notwendig.

3. Die Niederlage des Verfassungsentwurfes für die EU, darunter auch die Feststellung über die christlichen Wurzeln Europas, bedeutete einen Warnschuss, der leider ignoriert wurde. Das „Integrationsgebäude“ wurde zwar immer weiter ausgebaut, die Fundamente, auf denen es aufgebaut wurde, wurden aber vernachlässigt, weil sie so solide gewirkt haben. Die Verhinderung des Krieges, die eine Grundlage für die EU

bildete, ist langsam für die heutige Generation zu abstrakt geworden. Charakteristisch ist die übermäßig hohe nichtproportionale Anzahl der wirtschaftlichen und politischen Debatten im Vergleich zu jenen über die Wertehierarchie. Hat die EU-Verwaltung immer sofort reagiert, wenn man die simplen Lügen über das EU-Recht verbreitete? Die beliebte Ausrede der Politiker „man würde doch alles besser machen, aber *die da oben* in Brüssel würden es nicht zulassen“, wurde so lange überhört, bis der Brexit kam. Man ignorierte dabei auch viele bürgerfreundliche Reformvorschläge. Das Recht auf eine gute Verwaltung wurde bis jetzt zwar in den Mitgliedstaaten breit propagiert, aber das komplexe Verwaltungsverfahren der EU selbst umfasst über 1.200 Seiten. Der Entwurf eines vereinheitlichten Verfahrens, der vom Netzwerk der europäischen Professoren (RENUAL) vorbereitet wurde, wurde von der Kommission abgelehnt. Dasselbe betrifft den Vorschlag für einen einheitlichen Ombudsmann – also ein Vertrauenstelefon für Bürger der Europa und Migranten im Falle einer akuten Verletzung der Menschenrechte einzurichten. Man war so intensiv mit ernsthaften politischen und rechtlichen Fragen beschäftigt, dass man das Emotionale und Menschliche den Gegnern der Europäischen Union überlassen hat.

4. Einen ähnlichen Fehler haben wir als Reformer in Polen gemacht. Der Umbau des Staates und der Wirtschaft war anstrengend und schwierig für alle Beteiligten – für einige aber noch schwieriger als für andere. Nach 25 Jahren, gerade nach den Jubiläumsfeiern aus Anlass der Rückkehr der Demokratie, waren die tüchtigen Gegner der bisherigen Reformen mit ihren kritischen Thesen schon fertig und konnten mit einer völlig neuen Narration viele Mitstreiter gewinnen. Zweifelsohne steckte dahinter viel Arbeit – auf zahlreichen Ebenen gleichzeitig. Das war bewundernswert. Die Geschichte Polens wurde nach 1989 neu interpretiert – alles, was bisher als eine Erfolgsgeschichte der Solidarność-Bewegung gesehen wurde (viele politische Kompromisse, Gewaltlosigkeit, die Versöhnungspolitik innerhalb des Landes und mit den Nachbarn), wird jetzt eigentlich als eine Reihe von Fehlern oder als Vernachlässigung (wenn nicht schlimmer) seitens der damaligen Eliten dargestellt. Diese Ablehnung geht sehr tief und ist emotional aufgeladen. Das erinnert stark an viele bekannte Sprüche gegen die Europäische Union.

Selbstverständlich sind die Schwächen der Transformation und ihre Lasten nicht frei erfunden. Die große Migration von 2 Millionen junger Polen, die jetzt in der EU und außerhalb der EU arbeiten, die Armut der kinderreichen Familien bei einem dramatischen Einbruch der Geburtenrate, zu niedrig gesetzlich verankerte steuerfreie Quoten und eine eher langsame und bürokratische Gerichtsbarkeit – das war nur ein Teil der Probleme, die die grundsätzliche politische Änderung bei uns verursacht hat. Trotz aller Errungenschaften gab es für viele Menschen damals ein Gefühl, „vom Staat verlassen worden zu sein“, wie z. B. bei der Reprivatisierung. Eine lange, obwohl historisch verständliche Trennung der damaligen Regierung von den einfachen Sorgen der Gesellschaft und eine Konzentration auf die großen Infrastrukturinvestitionen statt auf die politische Allgemeinbildung und die Gemeinschaftsgefühle der Menschen war die Realität. Man glaubte lange, dass die europäische Option sowieso die einzige ist, dass man z. B. keine Art von Akademie für politische Bildung brauche; auch Parteistiftungen haben sich in Polen nie wirklich etablieren können. Die Idee des Rechtsstaats war doch selbstverständlich. Sie bleibt aber für Europa und für Polen überlebenswichtig, und keine früheren Fehler der Vorgänger können begründen, dass man z. B. die Gewaltenteilung oder Verfassungstreue in Frage stellt.

Ich würde aber damit polemisieren, dass die heutige Entwicklung etwas Einzigartiges

für Polen oder für Mittel- und Osteuropa ist. Es ist meines Erachtens eine Illusion, dass sich die Krise auf uns beschränken wird; noch vor drei Jahren haben wir mit Faszination und Mitgefühl die Lage der ungarischen Kollegen, zum Beispiel die Datenschutzbehörde oder den Ombudsmann, beobachtet; heute beobachtet man im Westen Europas ähnliche Entwicklungen wie bei uns und kann über viele Beschlüsse nur staunen. Es geht wirklich schnell, und niemand kann sich zurzeit sicher fühlen. Die Reaktion muss entsprechend schnell und vorbeugend sein und sich auf die Quellen der Krise konzentrieren.

5. Die Reflexion über die eigene Geschichte, die im Referat von Professor Máté-Tóth postuliert wurde, ist immer wertvoll und für den Selbstaufbau notwendig. Das betrifft ganz Europa, denn: *Erstens* betrifft uns die Krise der Demokratie – auch innerhalb der Kirche – alle; die letzte politische Beruhigung nach den Wahlen in Frankreich kann auch die Ruhe vor dem Sturm sein. *Zweitens* bietet erst diese Reflexion die Grundlage für eine harte Arbeit, um den Selbstaufbau zu erreichen; das kann aber nicht in der nationalen oder regionalen Isolierung erreicht werden – ohne Nachbarn kann man das, wie z. B. die historische Erfahrung mit dem Briefwechsel der deutschen und polnischen Bischöfe, aber auch aktuelle Kontroversen der heutigen Geschichtsbelastung zeigen, nicht erreichen. Eine gemeinsame kritische Selbstreflexion ist weiterhin für alle und nicht nur für die osteuropäischen Völker Europas notwendig. Die seit Jahren ignorierten Themen ermöglichen es jetzt den Gegnern der bisherigen bewährten Richtung der deutsch-polnischen Politik, eine neue Offensive zu starten. Diese braucht auch eine strukturelle Lösung: zum Beispiel die Arbeitsgruppen der beiden (vielen) Kirchen, die – in unserem Fall – die deutsch-polnische Geschichte weiter in einer neuen Generation diskutieren. Die Vernachlässigung dieser Arbeit in den vergangenen Jahren führte dazu, dass heutzutage viele Priester in Polen die neuen antieuropäischen Ressentiments besser als Kardinal Stefan Wyszyński und Kardinal Karol Wojtyła's historische Versöhnungsidee verstehen. Ich sehe das direkt als eine neue Aufgabe für Renovabis und für die Katholische Akademie – solche Institutionen haben wir leider in unserer Region noch nicht.

6. In den letzten Jahren konnte man in den polnischen Kirchen ständig vor allem über zwei Themen hören: das Gender-Thema als Symbol der Dekadenz von Europa und der Schutz des ungeborenen Lebens, dieses aber vor allem unter dem Gesichtspunkt des geltenden Gesetzes und seiner möglichen Verschärfung. Langsam wurde ganz Europa in Form der EU an den Pranger gestellt: In zahlreichen Predigten hat man unseren Kontinent und die westliche Kultur allgemein mit ihrer Säkularisierung als einen Ort der „Kultur des Todes“ mit Expansion der Euthanasie, mit allgemeiner Akzeptanz der Abtreibung und der gleichgeschlechtlichen Ehe vorgestellt. Man könnte daraus schließen, dass die westeuropäischen Kirchen dafür eine Mitverantwortung tragen.

Damit wurde sehr geschickt die außerordentlich hohe Akzeptanz der Polen für die EU gerade von einer Seite attackiert, die man nicht erwartet hatte: gerade von der Seite der Wertegemeinschaft, die man lange für unbestritten hielt. Als Gipfel des Horrors haben einige Medien (sich als katholisch bezeichnend, aber mit unklarer Provenienz) die Annahme der Flüchtlinge als eine echte, vor allem von Deutschland gewollte Kapitulation vor der „muslimischen Invasion“ dargestellt. Die furchtbaren Terroranschläge des so genannten „Islamischen Staates“ haben das Bild noch zusätzlich verschärft. Die Aufgabe der neuen Regierung war also viel einfacher: Die natürliche, historisch bewiesene Solidarität der Polen gegenüber den Opfern von

Kriegen wurde durch ein Misstrauen gegenüber den Flüchtlingen und durch eine mehrheitliche Akzeptanz der Verweigerung der Regierenden, zumindest – wie ursprünglich zugesichert – eine Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, ersetzt. Die regierungsnahen Medien haben dabei übereifrig geholfen. Wo liegt die Chance? Ein Krisen-Kongress der katholischen Medien Ost- und Westeuropas könnte helfen, zumindest diesen Schaden zu begrenzen und die Bedrohung durch „Postwahrheiten“ im „postfaktischen Zeitalter“ zu erforschen. Leider gibt es keine internationale strukturelle Lösung innerhalb der Welt der katholischen Medien, um mit den Fake-News zu kämpfen.

7. Was kann man heute noch tun? Was wurde vernachlässigt? Die heute 50/60-jährigen Priester, aber auch andere Vertreter dieser Generation in Polen hatten relativ wenig Kontakte zum Westen Europas. Diese Generation hat ihre Schule in der kommunistischen Zeit absolviert, wo eine Verteufelung des Westens die hoch angesehene Methode der Propaganda war. Unverzichtbar war damals auch eine besonders stark ausgeprägte antideutsche Orientierung. Typisch für das alte System war auch die Behauptung, das Recht sei nur ein Werkzeug der Politik, was damals vollständig in Theorie und Praxis realisiert wurde. Bei dieser Gruppe fällt es jetzt leicht, die alten Klischees wieder zu beleben. Eine Chance wäre es, noch intensiver in den direkten Kontakt der Geistlichen aus verschiedenen Ländern zu investieren, also das bisherige Renovabis-Begegnungsmodell wesentlich auszubauen. Schon vor fast zwanzig Jahren war es uns dank der Katholischen Akademie Berlin und der Zustimmung der beiden Bischofskonferenzen gelungen, einen Studienaufenthalt mit einem Programm für polnische Priesterkandidaten in Berlin zu ermöglichen, wo sie die echten pastoralen Probleme des Westens (insbesondere Deutschlands) mithilfe der deutschen Kollegen kennenlernen konnten. Dafür, dass dieses Programm dann lang und konsequent verwirklicht wurde, möchte ich jetzt noch einmal meine Dankbarkeit aussprechen. Daraus konnte sich nach zehn Jahren eine wichtige Gruppe jüngerer „Botschafter“ der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in beiden Kirchen herausbilden. Das war leider zu sehr begrenzt. Heutzutage wäre es notwendig, durch solche breiteren Programme in verschiedenen Ländern (nicht nur in Deutschland) mit Fakten und in aller Deutlichkeit gegen die antidemokratische Propaganda und die Fake-News über westliche Kirchen aufzutreten. Das Format ist da, es könnte ruhig auch für andere Länder in der Region angewendet werden.

8. Viele in unserer Region meinten, die angemessene Antwort auf diese Wertekrise wäre eine möglichst enge Zusammenarbeit mit einer der Kirche nahestehenden Regierung. Schauen wir uns das polnische Beispiel an! Es ist erstaunlich, dass bei der anfänglichen fast vollen Akzeptanz für die heutige Regierung, die lange auch symbolisch sichtbar wurde, die wesentlichen Postulate der katholischen Kirche eigentlich konsequent überhört worden sind. Weder die Einschränkung des Handels am Sonntag noch der Vorschlag, zumindest einige wenige humanitäre Korridore für die Flüchtlinge zu eröffnen, wurden angenommen. Im Gegenteil: In dieser Hinsicht wurden viele negative Entscheidungen getroffen, z. B. wurden im Rahmen der Schulreform unter anderem die Gymnasien (auch die ausgezeichneten katholischen Gymnasien, die gemäß den PISA-Studien sehr gute Ergebnisse erzielt haben) aufgelöst. Es geschah ohne ein Widerwort seitens der Bischöfe. Es ist zu befürchten, dass auch viele Lehrstühle der Katholischen Theologie bei der geplanten Auflösung der kleinen Hochschulen geschlossen werden. Somit sieht es also eher nach einer Societas Leonina aus als nach einer ausgezeichneten Zusammenarbeit. Das Klima dieser

Zusammenarbeit hat sich in den letzten Wochen und Tagen allerdings verändert – aus schwerwiegenden Gründen, wie ich glaube: Eine Zäsur war hier die so genannte (auch in der Überzeugung des Staatspräsidenten verfassungswidrige) Gerichtsreform, die infolge der Massenproteste nur teilweise realisiert wurde. Diese Teillösung sieht z. B. vor, dass der Justizminister, der zugleich der Generalstaatsanwalt ist, sämtliche Gerichtspräsidenten binnen sechs Monaten austauschen kann. Darauf haben die wichtigsten Bischöfe Polens, darunter der Primas von Polen Erzbischof Wojciech Polak und der Vorsitzende der Bischofskonferenz Erzbischof Stanisław Gądecki, mit starken Worten reagiert.

9. Primas Wojciech Polak betonte in seiner Ansprache in Częstochowa am 26. August 2017, dass man die Verfassung respektieren soll, anstatt sie zu umgehen und an ihr vorbei zu handeln; gemeinsam mit der Feststellung, dass die Strukturen der Justiz nicht gegen Menschen und schon gar nicht gegen einzelne Personen, sondern nur in einem offenen, aufrichtigen Dialog geändert werden dürfen, haben diese Worte ein großes Echo gefunden. Die Kommentatoren sind sich darin einig gewesen, dass sich die Haltung der Kirche zu ändern beginnt. Gegenwärtig scheint die polnische Kirche noch genauso gespalten zu sein wie die ganze Gesellschaft. Man findet auch genug politische Reden, auch seitens der Bischöfe. Die polnische Kirche hat gelernt, jahrelang unter der kommunistischen Herrschaft mit allen Repressalien zu leben, um am Ende doch zu siegen. Es war aber vielen ihrer Vertreter gar nicht klar, dass die „warme Umarmung“ des Staates auch gefährlich sein kann. Der Umfang des Schadens der Begeisterungswelle wird jetzt langsam spürbar. Wo liegt die Chance? Die Stimme der Kirchen unserer Region in Sachen „Europa“ und „Zukunft der Gesellschaft“ ist sehr wichtig, verlangt aber eine gesunde Distanz zu wechselnden politischen Konstellationen, und die im Dialog angeführten Beispiele zeigen, dass nur der Rechtsstaat einen sicheren Rahmen für die Religionsfreiheit garantieren kann.

10. Wo liegt noch eine Chance unserer heutigen Krise? Es scheint vor allem richtig und nachvollziehbar zu sein, dass es legitim ist (wenn unsere Mittel so beschränkt sind), Prioritäten zu setzen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Wenn wir eine solche Annahme für richtig halten, hat das Konsequenzen für unsere Analyse. Bundeskanzlerin Merkel stellte neulich einen begrüßenswerten Plan der verstärkten Hilfe für die Herkunftsländer der Migranten und Flüchtlinge vor. Wäre es nicht legitim, sich bei der Feststellung, dass die Flüchtlinge von heute überwiegend aus drei bis fünf Ländern kommen, auf die Verbesserung der Lage gerade in diesen Ländern zu konzentrieren? Es geht dabei nicht um Syrien oder Afghanistan, das übersteigt unsere Kräfte, aber drei afrikanische Länder könnten Empfänger eines neuen EU-Marshallplans sein. Dabei denke ich aber an einen Paradigmenwechsel in den nächsten Jahren, also an eine volle Konzentration auf die Entwicklungshilfe Europas für diejenigen Herkunftsländer von Migranten, die besonders von der Klimakatastrophe und großer Armut betroffen sind. Der „neue Marshallplan“ – diesmal hieße er natürlich anders – wäre in der Phase der Entstehung deswegen wichtig, weil der „alte Marshallplan“ von allen Europäern positiv assoziiert und verstanden worden ist. Das wäre eine Grundlage, den Einfluss der Rechtspopulisten und der Feinde der Demokratie zu verringern. Ein solcher Plan würde selbstverständlich auch eine bessere Koordination mit der UNO, als es heute der Fall ist, verlangen, denn die berühmten Millenniumsziele der UNO sind noch zu wenig im Bewusstsein der Menschen präsent.